



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DAS MUSEUM DES ZWEITEN WELTKRIEGS IN DANZIG

■ ANALYSE

Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig

Die polnische und europäische Idee, die gemeinsame Geschichte zu erzählen 2

Paweł Machcewicz, Thorn

■ CHRONIK

Vom 07. Juli bis zum 31. August 2009 8

Analyse

Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig Die polnische und europäische Idee, die gemeinsame Geschichte zu erzählen

Paweł Machcewicz, Thorn

Wozu soll in Danzig ein Museum des Zweiten Weltkriegs gebaut werden? Für die Polen ist die Antwort auf diese Frage nicht schwierig. Der Zweite Weltkrieg war die wichtigste und tragischste Erfahrung des 20. Jahrhunderts, deren Konsequenzen – u. a. ein nicht unabhängiger polnischer Staat – jahrzehntlang fortbestanden und erst 1989 mit dem Niedergang des Kommunismus überwunden wurden. Allerdings gibt es auch Gründe dafür, dass die Idee eines solchen Museums auf das Interesse und die Unterstützung anderer europäischer Nationen, darunter der deutschen, stoßen sollte. In diesem Beitrag werden die wichtigsten ideellen Grundsätze des Museumskonzepts und der geplante Aufbau der Ausstellung vorgestellt.

Warum ein Museum? Warum in Danzig?

Die Annäherung der beiden Teile Europas, die bis 1989 durch den Eisernen Vorhang getrennt waren, gewann nach der Erweiterung der Europäischen Union um die ostmitteleuropäischen Staaten im Jahr 2004 an Tempo. Es handelt sich dabei jedoch vor allem um eine politisch-wirtschaftliche Integration. Die Unterschiede in der Mentalität und historischen Sensibilität, die sich aus den kulturellen Unterschieden und unterschiedlichen historischen Erfahrungen ergeben, sind deutlich tiefer und dauerhafter. Sie werden mit Sicherheit nie ganz verschwinden, was wir uns im Übrigen auch nicht wünschen sollten, war doch die Verschiedenartigkeit von Anfang an immer ein Wert und eine Eigenschaft Europas. Eine Schlüsselbedeutung hat aber, dass wir diese Verschiedenartigkeit, die vor allem durch die Geschichte geprägt wurde, gemeinsam verstehen. Darum ist es nicht zum Besten bestellt, was die immer wieder ausbrechenden scharfen und erbitterten Streitigkeiten zeigen. Häufiger als aus bösem Willen ergeben sie sich aus Missverständnissen und Unwissen.

Beziehen wir uns auf eine laute Debatte vor einigen Jahren, denn in ihr werden wie in einem Brennglas die Unterschiede des historischen Gedächtnisses von Ost- und Westeuropa sichtbar, die vor allem eben die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs betreffen. Auf der Leipziger Buchmesse im Jahr 2004 stellte die lettische Außenministerin Sandra Kalniete (heute Europaabgeordnete) fest, dass »beide totalitären Regime – das Naziregime und der Kommunismus – gleichermaßen Verbrechen waren«. Das rief einen Sturm der Entrüstung in Deutschland hervor: kritische Artikel in der meinungsbildenden Presse, Proteste des Zentralrats der Juden in Deutschland. In dieser Aussage wurde die Absicht vermutet, die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Einmaligkeit des Holocaust zu relativieren. Diese Vorwürfe schei-

nen jedoch jeglicher sachlichen Grundlage zu entbehren. Sandra Kalniete hat schlicht ihre familiären und nationalen historischen Erfahrungen kundgetan, die von der Annexion Lettlands (ebenso wie Estlands und Litauens) durch die Sowjetunion im Jahr 1940, dem Transport tausender Menschen in die sowjetischen Gulags und der auferlegten Abhängigkeit der baltischen Staaten bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion geprägt worden waren. Ähnliche Regungen hegen die Polen, die im September 1939 nicht nur die Aggression des Dritten Reiches erfahren haben, sondern auch der Sowjetunion, sowie die Aufteilung ihres Staates zwischen zwei totalitären Regimen und parallel verlaufende Repressionen seitens beider Okkupationsmächte, die bis zum Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges am 22. Juni 1941 dauerten. 1940 führten die Deutschen die geplante Ermordung mehrerer tausend Vertreter der polnischen Intelligenz durch (die sogenannte Aktion AB), und die Sowjets ermordeten in dieser Zeit über 20.000 polnische Offiziere (es handelte sich dabei nicht nur um Berufsoffiziere, sondern auch um Vertreter der politischen und intellektuellen Elite). Dies ist ein zentraler Bestandteil des polnischen historischen Gedächtnisses verbunden mit dem Zweiten Weltkrieg, das in Westeuropa aber außer einem Kreis von an Polen interessierten Spezialisten nicht bekannt ist.

Das zweite Beispiel für einen Streit, der mit dem Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen zu tun hat, betrifft Polen und Deutsche. Die Idee, in Berlin ein Museum und Dokumentationszentrum ins Leben zu rufen, das den Zwangsumsiedlungen der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg gewidmet ist, ruft in Polen breiten Einspruch hervor, auch wenn darüber hinaus noch andere Zwangsumsiedlungen thematisiert werden. Darin sind sich Menschen und Milieus einig, die an sich sehr weit voneinander entfernt sind. Man könnte sogar behaupten

ten, dass es kein anderes Thema gibt, dass so leicht zu einer innerpolnischen Verständigung »über die Gräben hinweg« führt. Dies wiederum ruft häufig unfreundliche Kommentare vieler deutscher Politiker und Zeitungen hervor, die von einer polnischen Überempfindlichkeit sprechen. Auch hier liegt der Schlüssel zum Streit in den Erfahrungen und in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg.

In Polen wird in Frage gestellt, dass es begründet ist, den Zwangsumsiedlungen eine Sonderstellung als eines der wichtigsten Probleme der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts einzuräumen. Auf diese Weise würden sie aus dem Kontext des Zweiten Weltkriegs, der deutschen Aggression und Verbrechen herausgelöst, ohne die die Umsiedlungen nach 1945 aber überhaupt nicht stattgefunden hätten. Im Verständnis vieler deutscher Historiker und Medien, sogar solcher, die weit von Erika Steinbach entfernt sind, werden die Vertreibungen der Deutschen in eine Reihe ethnischer Säuberungen eingeordnet, die in Europa mit den Balkankriegen 1912–1913 beginnen und deren jüngster Akt die Gewalttaten und Vertreibungen im Verlauf des Auseinanderbrechens von Jugoslawien in den 1990er Jahren waren. Das Hauptübel ist dieser Auffassung nach der Nationalstaat, der die Minderheiten ausschaltet, und der gemeinsame Nenner zur Bewertung und Verurteilung dieser Taten sind die Menschenrechte in ihrer gegenwärtigen Auslegung. Dieser Logik nach haben die Polen mit der Vertreibung der Deutschen ihr Ziel umgesetzt, einen einheitlichen Nationalstaat zu schaffen. Sie waren zwar Opfer eines Verbrechens, aber auch Verursacher der Leiden unschuldiger Deutscher – ähnlich wie die Serben, die Verbrechen an den Bosniern und Albanern verübt haben.

Eine solche Auffassung führt aus polnischer Perspektive zur Deformation eines der Wirklichkeit entsprechenden Geschichtsbildes, und zwar vor allem deswegen, weil die Sonderstellung der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der Totalitarismen und deren Verbrechen relativiert werde. Es sei nicht möglich, diese logisch in eine Ereignisreihe hineinzukomponieren, in die die Balkankriege, der Zerfall Jugoslawiens oder der Druck des Nationalstaats auf Minderheiten gehören. Im historischen Gedächtnis der Polen sind die Zwangsumsiedlungen bedeutend weniger wesentlich und schmerzhaft als Auschwitz oder Katyń, die Tötung der Zivilbevölkerung während des Warschauer Aufstands und die zerstörerische Politik des deutschen Besatzers von Kriegsbeginn an.

Aus all diesen Gründen ist es sinnvoll, den Versuch zu unternehmen, ein Museum zu gründen, das

die verschiedenen historischen Gedächtnisse der Europäer miteinander verbindet. Nicht mit dem Ziel, eine einheitliche, überall verbindliche historische Narration zu schaffen, denn dies wäre eine schädliche Utopie. Vielmehr, um die einzelnen historischen Erfahrungen, die die derzeitige Sensibilität der Franzosen, Deutschen, Polen oder Russen prägen, zu verstehen. Der Zweite Weltkrieg bleibt für unseren Kontinent eine der Schlüsselerfahrungen, deren Einfluss auf die Gegenwart weiter anhält. Die Beispiele dafür sind zahlreich. Außer den genannten deutsch-polnischen Streitfragen um die Aussiedlungen nach 1945 lässt sich die ungewöhnlich militante Auseinandersetzung zwischen Estland und Russland anführen, bei dem Tallinn entschieden hatte, das Denkmal des sowjetischen Soldaten zu entfernen, der den Russen als Befreier, den Esten als Besatzer gilt.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg spaltet also immer noch die Europäer, entweder durch spektakuläre Auseinandersetzungen wie die bereits angeführten oder durch Unwissen und mangelndes Interesse am Schicksal der anderen Nationen, was auf längere Sicht sogar noch gefährlicher sein könnte. Umso sinnvoller ist es daher, dem außergewöhnlichen Museumsprojekt in Danzig Aufmerksamkeit zu schenken, was nicht nur das Schicksal Polens im Zweiten Weltkrieg dokumentieren soll, sondern auch die Erfahrungen anderer Nationen. Die Initiative ist polnisch, die Finanzmittel sind es bisher auch, das Gründungsteam besteht aus international anerkannten Wissenschaftlern. Von polnischer Seite gehören dem Programmrat Władysław Bartoszewski, Jerzy Borejsza, Włodzimierz Borodziej, Andrzej Chwalba, Jerzy Holzer, Krzysztof Pomian und Tomasz Szarota an, international ist er mit den Experten für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs Ulrich Herbert (Deutschland), Henry Rousso (Frankreich), Norman Davies (Großbritannien), Israel Gutman (Israel), Pavel Polian (Russland) und Jurij Shapoval (Ukraine) besetzt. Dies bietet die einmalige Chance des Austauschs unterschiedlicher Erfahrungen und historischer Sensibilitäten, die selten Gelegenheit haben, bei der Gründung einer Institution gemeinsam zu wirken.

Die wichtigsten ideellen Grundsätze

Die Idee, ein Museum des Zweiten Weltkriegs zu gründen, das es in Europa bisher noch nicht gibt, wurde zum ersten Mal im Dezember 2007 von Ministerpräsident Donald Tusk geäußert. Am 1. September 2008 benannte Tusk den Autor dieses Beitrags zum Beauftragten für die Gründung dieser Einrichtung. Gemeinsam mit dem Historiker der Warschauer Universität

Piotr M. Majewski wurden die ideellen Grundsätze dieses Projektes erarbeitet, die gemeinsam mit den Historikern des Programmrats weiterentwickelt und spezifiziert werden. Das Konzept sieht vor, dass sich das Museum in die historische Erfahrungs- und Museumslandschaft Danzigs einschreibt. Neben der Westerplatte, dem Ort, an dem der Zweite Weltkrieg begann, der Polnischen Post, dem Symbol des polnischen Widerstands am ersten Kriegstag, sowie der nahe gelegenen Gedenkstätte Stutthof, einem ehemaligen NS-Konzentrationslager, wird diese Landschaft vom Europäischen Zentrum der »Solidarność« geprägt, das nicht nur die Geschichte dieser Bewegung, sondern auch andere Oppositionsgruppierungen und -bewegungen in Polen und Ostmitteleuropa präsentiert und bis zu einem gewissen Grad auch die Geschichte des Kommunismus. So wird die entstehende Ausstellung in einen Kontext eingebettet, der als Kontinuität historischer Erfahrungen in diesem Teil Europas zu lesen ist.

Ein weiterer Grundsatz besteht darin, dem Museum einen europäischen Charakter zu geben. In Hinblick auf seine Lokalisierung und seine Initiierung durch Polen ist es verständlich, dass das Schicksal der Polen und ihres Staates hervorgehoben wird, was jedoch nicht auf Kosten der Erfahrungen anderer Nationen, darunter der Deutschen und Russen, gehen soll. Beabsichtigt wird, ein Museum mit einer universalen Botschaft einzurichten, in dem die Ereignisse, die in Polen stattgefunden haben, Teil eines größeren Bildes sind.

Dabei ist sich der Programmrat bewusst, was für eine schwierige und sensible Aufgabe es ist, die Proportionen zwischen den polnischen und den »fremden« Erfahrungen so abzuwägen, dass nicht der Eindruck entsteht, die universale Aussage des Museums relativiere die Frage der Verantwortung für den Krieg oder verringere das Leid und die Beiträge der Polen. Derlei Ängste wurden öffentlich formuliert, als wir das Konzept des Museums vorstellten. Die schärfste Kritik kam von den Publizisten der konservativen Tageszeitung »Rzeczpospolita«, Piotr Semka und Cezary Gmyz, und vom Parteivorsitzenden der Oppositionspartei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), Jarosław Kaczyński. Der Programmrat ist jedoch der Überzeugung, dass die vergleichende Perspektive der Narration begründet ist. Nur indem Ähnlichkeiten und Unterschiede von Krieg und Besatzung in West- und Ostmitteleuropa vermittelt werden, lassen sich die Ereignisse redlich darstellen und erklären, die zwar auf dem ganzen Kontinent stattfanden, sich aber in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausprägten.

Die Hauptstränge der Narration

Der Programmrat sieht vor, dass die Narration des Museums in vier Themenblöcken präsentiert wird. Der erste von ihnen ist die umfassend dargestellte Genese des Zweiten Weltkriegs. Hier wird der Schwerpunkt auf die Kräfte gesetzt, die die politische Ordnung des Vertrags von Versailles aufheben wollten, d. h. auf den Nationalsozialismus, den italienischen Faschismus, den Kommunismus und den japanischen Imperialismus als Faktoren, die die europäische Politik und das europäische Bewusstsein brutalisierten und auf diese Weise den Weg zum Zweiten Weltkrieg ebneten und den Krieg anschließend auf verbrecherische Weise, unter Vergewaltigung des internationalen Rechts und in vollkommener Missachtung des Menschen (auch der eigenen Bürger) führten. Neben der Information über die Expansion der totalitären Regime und insbesondere über die Triumphe Hitlers, die aufgrund der Passivität der westlichen Demokratien ermöglicht wurden, muss bereits an dieser Stelle der eliminatorische Charakter des Nationalsozialismus und des Kommunismus deutlich werden, deren Vorgehensweise, alle Zurückhaltung gegenüber den als feindlich oder unerwünscht definierten Gruppierungen aufzugeben und ihr Ziel, alle tatsächlichen und imaginierten Feinde auszuschalten. Des Weiteren muss gezeigt werden, dass die totalitären Regime bei ihren Bestrebungen, die Ordnung von Versailles zu zerstören, zusammengearbeitet haben, und zwar nicht nur, wenn sie einander – wie der Faschismus und der Nationalsozialismus – ideell nahestanden, sondern auch, wenn sie sich gegenseitig ihre Feindschaft erklärt hatten. Neben Informationen über die italienisch-deutsche Invasion im Spanischen Bürgerkrieg, die Unterzeichnung des »Stahlpakts« und anschließend des »Dreimächtepakts« darf hier auch die Thematisierung des Hitler-Stalin-Pakts und seiner Folgen nicht fehlen. In diesem Kontext muss das Museum die Parallelen der deutschen und der sowjetischen Repressionen gegenüber den Polen zwischen 1939 und 1941 deutlich machen.

Die in diesem Teil der Ausstellung auftauchende Information über die Zusammenarbeit des Nationalsozialismus und Kommunismus bedeutet nicht, dass hier ein Gleichheitszeichen zwischen die beiden Regime gesetzt wird. Genauso ist ein Streit zu vermeiden, welches System verbrecherischer war und aus welchen Gründen. Außerdem ist darauf zu achten, dass eine unvermeidliche moralische Verurteilung der Verbrechen des Kommunismus wie auch des Nationalsozialismus nicht in eine antirussische oder antideutsche Ausstellung mündet. Das Museum muss den entscheidenden Beitrag der Sowjetunion bei der Niederschlagung des Dritten Rei-

ches zeigen und die Erinnerung an das kriegsbedingte Leid der sowjetischen Bevölkerung wiederherstellen. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass dies für Teile der öffentlichen Meinung in Russland und im Westen das am meisten kontroverse Element der Ausstellung sein wird. Aus polnischer Perspektive ist es jedoch ein unveräußerlicher Teil der ideellen Botschaft des Museums.

Wir beabsichtigen, den wichtigsten Teil der Narration dem Schicksal der Menschen zu widmen. Die Darstellung des Krieges anhand der Schicksale von Soldaten, Kriegsgefangenen, Lagerhäftlingen, Zwangsarbeitern und auch Frauen und Kindern sowie der männlichen Zivilbevölkerung wird eine universale und für alle Besucher verständliche Botschaft, unabhängig von ihrer Nationalität, vermitteln. Diese Perspektive trägt außerdem eine tiefe pazifistische Aussage in sich, die der Botschaft des Museums entspricht. In Hinblick auf die Komplexität und Breite der Problematik ist es notwendig, sie in einzelnen Erzählsträngen zu entfalten.

Wir sind der Überzeugung, dass der wichtigste Erzählstrang dem verbrecherischen Charakter des Krieges gewidmet werden sollte, worunter die bewussten Bemühungen der totalitären Staaten zu verstehen sind, ganze Staaten und Völker zu vernichten. In der Ausstellung muss dokumentiert werden, dass die deutsche Armee von Kriegsbeginn an ihre Aktionen auch auf die Zivilbevölkerung richtete, indem sie Flüchtlingsströme beschoss, terroristische Bombenangriffe flog (u. a. Wieluń und Warschau, des Weiteren Rotterdam, Coventry und Belgrad) und Juden und willkürlich ausgewählte Zivilpersonen ermordete – darüber hinaus auch Kriegsgefangene, insbesondere, wenn auch nicht nur, sowjetische Kriegsgefangene, von denen ca. 3 Millionen vorsätzlich dem Hungertod überlassen wurden (darüber schreibt u. a. Catherine Merridale in ihrem viel beachteten Buch »Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939 bis 1945«, Frankfurt/Main 2006). In diesem Teil der Ausstellung dürfen außerdem Informationen zu den Verbrechen der sowjetischen Armee nicht fehlen, u. a. die Ermordung polnischer Offiziere und Polizisten in Katyń, Charkow und Miednoje. Erst durch den Kontext, den die verbrecherische Art und Weise des Dritten Reiches, Krieg zu führen, herstellt, lassen sich die Flächenbombardements der Alliierten auf Deutschland und Japan einordnen, die ebenfalls in der Ausstellung berücksichtigt werden sollen.

Ein wichtiger Teil der Narration über den verbrecherischen Charakter des Krieges ist der Holocaust. Da es bereits Museen und Gedenkstätten gibt, die sich der Vernichtung widmen – u. a. das Holocaust-Museum in Washington, Yad Vashem in Jerusalem, die Gedenkstätte und das Museum Auschwitz-Birkenau sowie das in War-

schau entstehende Museum der Geschichte der polnischen Juden –, besteht nicht die Notwendigkeit, sich noch einmal zum Ziel zu setzen, ihn komplex zu dokumentieren. Jedoch dürfen die Museumsbesucher nicht den Eindruck gewinnen, dass das Thema in der Ausstellung marginalisiert wird. Wir setzen also darauf, dass es dank moderner Medien möglich sein wird, eine Formel zu finden, die es erlaubt, das Ausmaß des an den Juden verübten Völkermords darzustellen, ohne die anderen Erzählstränge der Ausstellung zu verdrängen, insbesondere die Leiden anderer Bevölkerungsgruppen.

Die Erzählung vom verbrecherischen Charakter des Krieges muss auch andere Fälle von Völkermord und Mord an der Zivilbevölkerung berücksichtigen, darunter das japanische Massaker von Nanking im Jahr 1937, die Massenexekutionen von Polen in den vom Deutschen Reich annektierten Gebieten und im Generalgouvernement einschließlich der Ermordung einiger tausend ziviler Bewohner Warschaws durch deutsche Truppen im August 1944 ebenso wie die Pazifikationen kleinerer Ortschaften, die die Deutschen in fast ganz Europa durchgeführt haben (u. a. im polnischen Michniów, im tschechischen Lidice und Ležáky, im französischen Oradour-sur-Glane). Diese Auffassung knüpft an die Arbeit von Gerd R. Überschar »Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg« (Darmstadt 2003) an. Als ein Element der verbrecherischen Politik der totalitären Regime soll auch die Zwangsarbeit dargestellt werden, zu der Deutschland, die UdSSR und Japan die unterdrückten Nationen verpflichteten.

Der Erzählstrang, der dem Völkermord gewidmet ist, muss außerdem die blutigen ethnischen Konflikte berücksichtigen, deren Täter nicht die Deutschen waren, zum Beispiel die Ermordung von ca. 100.000 Polen in Wolhynien und Ostgalizien durch die Ukrainer sowie die ethnischen Säuberungen auf dem Balkan. Diese Ereignisse sollen als Ergebnis einer Anomie, des vorher beobachteten Völkermords (der Ermordung der Polen ging in Wolhynien die Vernichtung der Juden voraus) und der Erschütterung der gesellschaftlichen Normen, dargestellt werden.

Der zweite Erzählstrang der Ausstellung, der das Schicksal der Menschen während des Zweiten Weltkriegs thematisiert, soll das Alltagsleben sowohl der Soldaten als auch der Zivilbevölkerung zeigen. Dies erlaubt dem Besucher, die spezifische Situation an den verschiedenen Fronten sowie in verschiedenen Teilen des besetzten und kämpfenden Europa kennenzulernen. Es macht ihm aber auch die Ähnlichkeit der menschlichen Erlebnisse bewusst. Begründet erscheint daher die Konfrontation der Tragödie des belagerten Leningrads mit der »sanf-

ten« Einnahme von Paris durch die Deutschen, allerdings muss gleichzeitig gezeigt werden, dass auch in Westeuropa Zivilisten infolge von Luftangriffen und anderen Kriegshandlungen ums Leben kamen, an Hunger oder Unterernährung litten, verarmten usw. In diesem Teil sollen auch die tragischen Erfahrungen der Deutschen und Japaner im Zusammenhang mit den Flächenbombardements berücksichtigt werden sowie das Trauma des Einmarsches der Roten Armee für die Deutschen.

In dem Teil der Ausstellung, der dem Kriegsschicksal der Menschen gewidmet ist, sollen auch die Zwangsmigration der Bevölkerung und ihre Folgen berücksichtigt werden, die als Elemente des von totalitären Regimen ausgeübten *social engineering* interpretiert werden. Wir sind der Auffassung, dass die Umsiedlungen der Bevölkerung in ihrem ganzen Ausmaß und in ihrer ganzen Differenziertheit betrachtet werden sollen. Dabei dürfen die in diesem Zusammenhang häufig vergessenen Bewegungen großer Bevölkerungsmassen nicht vergessen werden, wie beispielsweise die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung in die Ghettos oder die Zwangsarbeitertransporte ins Reich. Die Ausstellung soll dem Besucher verdeutlichen, dass das Dritte Reich und die UdSSR von Beginn des Krieges an und während seiner gesamten Dauer Menschen von einem Ort zum anderen bewegten, wofür zum Beispiel die Todesmärsche der Gefangenen der Konzentrationslager stehen, die von den Deutschen sogar noch während der Zeit der tragischen Flucht ihrer eigenen Zivilbevölkerung vor der Roten Armee organisiert wurden – zum Beispiel wurden in Palmnicken bei Pillau am 31. Januar 1945, einen Tag nachdem die »Wilhelm Gustloff« gesunken war, 3.000 Gefangene ermordet, die aus ostpreußischen Außenlagern des Konzentrationslagers Stutthof getrieben worden waren (siehe Martin Bergau, »Todesmarsch zur Bernsteinküste. Das Massaker an Juden im ostpreußischen Palmnicken im Januar 1945«, Heidelberg 2006). Vor diesem Hintergrund sollen die Flucht der deutschen Zivilbevölkerung vor der anrückenden Roten Armee und die Aussiedlungen der Deutschen aus den mitteleuropäischen Staaten dargestellt werden.

In unserem Konzept soll diese zweite Achse der Narration auch dem Widerstand gewidmet sein, der vor dem Hintergrund eines breiten Spektrums von Kollektiv- und Individualverhalten – von der Unterstützung der verbrecherischen Regime und ihrer Politik über verschiedene Formen der Kollaboration und der Gleichgültigkeit bis zum passiven oder aktiven Widerstand – dargestellt wird. In diesem Teil werden ausgewählte Sabotageakte, Partisanenaktionen in Jugoslawien und der UdSSR, gegen die deutschen Okkupanten gerichtete

Aufstände (der Aufstand im Warschauer Ghetto, die Aufstände in Warschau, Paris und in der Slowakei 1944 sowie in Prag 1945), aber zum Beispiel auch der Boykott der Kinos in Warschau und der Straßenbahnen in Prag oder der zivile Widerstand der Norweger und Dänen gezeigt. Die ausführliche Berücksichtigung unbewaffneter Formen des Widerstands erfüllt ein Postulat, das die aktuelle europäische Historiographie aufgestellt hat, u. a. Jacques Semelin in seinem Buch »Ohne Waffen gegen Hitler: eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa« (Frankfurt/Main 1995), und ist unserer Auffassung nach eine unerlässliche Bedingung, um die Situation verschiedener Staaten unter der deutschen Besatzung redlich vergleichen zu können. Eine solche Perspektive erlaubt gleichzeitig, das Phänomen des Polnischen Untergrundstaats zu erfassen, und zwar nicht nur in seiner militärischen Struktur, sondern auch in seinem zivilen Ausmaß, sowie die Konspiration und die Partisanenbewegung. In diesem Ausstellungsteil muss auch der deutsche Widerstand – entsprechend proportional – berücksichtigt werden.

Der dritte thematische Block behandelt diplomatische Aspekte des Zweiten Weltkriegs. Hier wird der Fokus auf dem diplomatischen Kräftenessen zwischen den westlichen Staaten und den totalitären Regimen liegen, dessen Konsequenzen für Polen und die Staaten Mittel- und Osteuropas dargestellt werden. Deutlich werden soll, dass die Zugeständnisse, die die westlichen Staatsführer zunächst Hitler und dann Stalin gegenüber um des Friedens oder eines bestimmten strategischen Nutzens willen gemacht haben, ihren messbaren Preis hatten, den die Staaten Ostmitteleuropas zu zahlen hatten. In diesem Teil der Ausstellung sollen auch die unterschiedlichen Haltungen, die die einzelnen Staaten gegenüber den deutschen Überfällen oder der von Deutschland ausgehenden Bedrohung einnahmen – Kampf, Kapitulation, Kollaboration, Zusammenarbeit –, dargestellt werden sowie das Phänomen der europäischen Regierungen im Exil.

Unter Beachtung der grundlegenden Zäsur von 1945 soll das Museum als vierten Erzählstrang in kondensierter Form auch die wichtigsten Folgen des Zweiten Weltkriegs zeigen, als da wären die Grenzverschiebungen in Mittel- und Osteuropa, die Teilung des Kontinents und die Sowjetisierung der Gebiete östlich der Elbe – dem Besucher soll klar werden, dass das Jahr 1945 der Beginn einer neuen Unterdrückung in Mittel- und Osteuropa war – sowie die Bevölkerungsbewegungen in der Nachkriegszeit (die Aussiedlung der Deutschen, die Rückkehr der displaced people, die »Repatriierung« der Polen aus dem Gebiet der »Kresy«, die Entstehung einer

polnischen Diaspora im Westen, die Auswanderung von Menschen jüdischer Herkunft nach Palästina). In diesem Teil soll die Abrechnung mit der Kriegsvorgangene dargestellt werden, angefangen mit den deutschen und japanischen Kriegsverbrecherprozessen bis zu den Strafen, die in Europa nach Beendigung der Besetzung gegenüber Kollaborateuren und anderen der Unterstützung des Feindes verdächtigten Personen angewandt wurden (siehe Norbert Frei »Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg«, Göttingen 2006).

Konzeption der Ausstellung

Wir sind der Auffassung, dass die Ausstellung chronologisch-problemorientiert aufgebaut werden sollte: Dort, wo es angemessen ist, sollen Folgen und Wechselbeziehungen zwischen den Ereignissen gezeigt werden, gleichzeitig sollen diese aber in die genannten thematischen Blöcke bzw. Narrationen eingeordnet werden. Diese Herangehensweise wertet den Zweiten Weltkrieg als »europäische (und sogar globale) Tragödie«, die durch die verbrecherischen Totalitarismen verursacht wurde, wie es Jerzy Holzer in seinem Buch »Europejska tragedia XX wieku. II wojna światowa« (Warszawa 2005) [Die europäische Tragödie des 20. Jahrhunderts. Der Zweite Weltkrieg] darstellt.

Im Hinblick auf die Bedeutung, die die Narration über das menschliche und gesellschaftliche Ausmaß des Zweiten Weltkriegs im Museum einnehmen wird, ist es absolut unerlässlich, diese Narration mit authentischen Berichten von Zeitzeugen jener Ereignisse zu gestalten. Methodologisch gesehen ist dies eine Antwort auf das in der aktuellen Historiographie formulierte Postulat, die oral history als Quelle stärker zu berücksichtigen. Unter funktionalem Aspekt führt dies zu einer Personalisierung der Narration, was bei den Besuchern gewöhnlich einen größeren Eindruck erzeugt als die Darstellung historischer Ereignisse über trockene Fakten und Statistiken. Vorstellbar wäre, dass zwischen die Elemente der Ausstellung, die die »großen« historischen Probleme betreffen, individuelle Geschichten von Menschen aus verschiedenen Ländern platziert werden, deren Schicksal die wichtigsten Botschaften des Museums illustriert.

Für die ständige Ausstellung des Museums des Zweiten Weltkriegs ist eine Fläche von ca. 4.000 m² vorgesehen, für Wechselausstellungen ca. 1.000 m². Die Ausstellung selbst soll multimedial und interaktiv gestaltet werden, so dass die Narrationen nicht nur auf traditionelle Art und Weise dargeboten werden, sondern auch mit Hilfe verschiedener audiovisueller Techniken. Wich-

tig ist dabei, dass der Besucher zumindest einige Exponate anfassen kann (es muss sich dabei nicht um authentisches Material, sondern es kann sich auch um Repliken handeln). Vorstellbar wäre auch, dass manche Exponate bedient werden können, z. B. eine Druckerpresse für Flugblätter, wie sie im Untergrund benutzt wurde. Hinzugezogen werden können außerdem Computersimulationen oder Rekonstruktionen ausgewählter Orte, z. B. einer Lagerbaracke, eines Luftschuttraums in der Londoner U-Bahn oder eines konspirativen Treffpunkts der Polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa – AK). Wir befinden uns in der glücklichen Lage, dass das Museum erst noch gebaut wird und daher nach den Bedürfnissen und Bedingungen, die die Ausstellung vorgibt, errichtet werden kann.

Am 1. September 2009, dem 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs, wird Ministerpräsident Donald Tusk während einer internationalen Gedenkfeier, an der u. a. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Ministerpräsident Wladimir Putin teilnehmen werden, die Gründungsurkunde des Museums unterzeichnen. Am selben Tag wird auf der Westerplatte die erste vom Museum konzipierte Ausstellung eröffnet, eine Open-Air-Ausstellung, die die Geschichte dieses bedeutenden Ortes, wo der Zweite Weltkrieg begann, darstellt sowie die Geschichte Danzigs und Pommerns unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit und natürlich der Kriegshandlungen im Jahr 1939.

Im Herbst dieses Jahres wird ein internationaler Wettbewerb für die Visualisierung und Szenographie der ständigen Ausstellung ausgeschrieben. Die ausgewählten Designer werden dann gemeinsam mit den beteiligten Historikern die Ausstellung vorbereiten. Der nächste Arbeitsschritt ist die Ausschreibung eines internationalen Architektenwettbewerbs für das Museumsgebäude. Sollte die gegenwärtige globale Finanzkrise und ihr Einfluss auf Polen unsere Arbeiten nicht verzögern, ist die Eröffnung des Museums für den 1. September 2014 vorgesehen, d. h. am 75. Jahrestag des Kriegsausbruchs. Darüber hinaus planen wir, an das Europäische Parlament für die Übernahme der Schirmherrschaft heranzutreten, und rechnen damit, dass unsere Initiative auch auf das Interesse der europäischen Länder stoßen wird, die von Polen weiter entfernt sind, war doch der Zweite Weltkrieg eine Erfahrung fast des gesamten Kontinents. Wenn das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig von Schülern und Studenten nicht nur aus Polen, sondern auch aus Deutschland, Russland oder Frankreich besucht wird, wird es uns leichter fallen, einander zu verstehen und weniger emotional auf Unterschiede in

der Bewertung der Vergangenheit zu reagieren. Nur so haben die unterschiedlichen Teile des europäischen historischen Gedächtnisses die Chance, sich anzunä-

hern, wenngleich sie sich sicherlich nie zu einem Ganzen zusammenfügen werden.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Der Historiker Paweł Machcewicz, Professor der Nikolaus Kopernikus-Universität in Thorn, war von 2000 bis 2005 Direktor der Abteilung für Bildung und Forschung des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN). Seit dem 1. September 2008 ist er Beauftragter des Ministerpräsidenten für das Museum des Zweiten Weltkriegs. Autor und Herausgeber (zusammen mit Krzysztof Persak) der Bände »Wokół Jedwabnego. Studia i dokumenty« (Warszawa 2002) und Herausgeber (zusammen mit Tomasz Chinciński) des Buches »Bydgoszcz 3–4 września 1939. Studia i dokumenty« (Warszawa 2008).

Chronik

Vom 07. Juli bis zum 31. August 2009

07.07.2009	Die Regierung stellt eine Korrektur des Haushaltsgesetzes vor. Der Ansatz für das Defizit wird um 9 Mrd. Zloty auf 27,2 Mrd. Zloty erhöht. Die Prognose des Wirtschaftswachstums wird von 1,7 % auf 0,2 % korrigiert.
08.07.2009	Die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) fordert den Rücktritt von Regierungssprecher Paweł Graś. Der Fraktionssprecher von PiS, Mariusz Błaszczak, bezieht sich auf Medienberichte, wonach Graś seit Jahren mietfrei in einer Villa eines deutschen Geschäftsmannes wohne. Darüber hinaus soll er laut PiS in einer deutschen Handelsgesellschaft gearbeitet haben, während er der Aufsicht der Sicherheitsdienste angehörte.
09.07.2009	Nach einem Treffen zu den Auswirkungen der Finanzkrise stimmen Ministerpräsident Donald Tusk und Staatspräsident Lech Kaczyński darin überein, dass eine Steuererhöhung notwendig sei und weitere Lösungen gefunden werden müssten, um den öffentlichen Haushalt auszugleichen.
10.07.2009	Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) appelliert an Staatspräsident Lech Kaczyński, das vom Sejm verabschiedete neue Mediengesetz nicht zu ratifizieren. Es garantiere nicht die Unabhängigkeit der öffentlichen Medien, da die den Medien zur Verfügung gestellte Summe jährlich mit dem Parlament ausgehandelt werden müsse, was zu einer Politisierung der Medien führen könne.
11.07.2009	Der Parteivorsitzende der Demokratischen Partei (Stronnictwo Demokratyczne – SD), Paweł Piskorski, gibt auf einer Pressekonferenz in Warschau bekannt, dass der Mitbegründer der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Andrzej Olechowski das Programm der SD formulieren werde. Olechowski gehört nicht der SD an. Er war in der vergangenen Woche aus der PO ausgetreten.
13.07.2009	Auf seiner ersten Auslandsreise nach dem Beginn seiner zweiten Amtszeit am 1. Juli wird Bundespräsident Horst Köhler von Staatspräsident Lech Kaczyński und Ministerpräsident Donald Tusk in Warschau empfangen. Thematisiert werden u. a. die Ratifizierung des EU-Vertrags von Lissabon, die Kaczyński nach der Ratifizierung des Vertrags durch Irland zusichert, und die Notwendigkeit, in Europa während der Finanzkrise solidarisch zu handeln. Im Zusammenhang mit den Kontroversen um die deutsche Stiftung »Flucht Vertreibung Versöhnung« versichert Köhler, dass keine ernstzunehmende politische Kraft in Deutschland eine Neuinterpretation der Geschichte verfolge.
13.07.2009	Bei einem Treffen mit Medienvertretern kündigt Staatspräsident Lech Kaczyński an, dass er das vom Sejm verabschiedete neue Mediengesetz nicht unterschreiben werde, da es u. a. aufgrund einer fehlenden Finanzierungsgarantie und einer Verminderung des Einflusses des Landesrundfunk- und Fernsehrats (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) nicht verfassungsgemäß sei.
14.07.2009	Das Europäische Parlament wählt den ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten Jerzy Buzek zu seinem neuen Präsidenten.

15.07.2009	Die Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« teilt mit, dass nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS OBOP die Unterstützung für die Regierungspartei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) derzeit bei 54 % und für Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) bei 23 % liege. 11 % unterstützten die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), 4 % den Koalitionspartner Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL).
16.07.2009	In einem offenen Brief erklärt Staatspräsident Lech Kaczyński seine Unterstützung für den Appell mittel- und osteuropäischer ehemaliger Staatspräsidenten, darunter Lech Wałęsa, Aleksander Kwaśniewski und Václav Havel, an den US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama, das amerikanische Engagement für die mittel- und osteuropäischen Staaten nicht zu verringern. In dem Appell heißt es, die Region stehe an einem politischen Scheideweg, was sich u. a. darin äußere, dass viele dieser Staaten über die zögerliche Haltung der NATO und der USA im Kontext des russisch-georgischen Krieges letztes Jahr beunruhigt gewesen seien. Zwar werde die Wiederbelebung der amerikanisch-russischen Beziehungen begrüßt, sie dürfe aber nicht dazu führen, dass der Westen zur Verwirklichung seiner Interessen Russland falsche Zugeständnisse mache. Nötig sei eine weiterhin enge Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten und Europas in Fragen der Sicherheitspolitik, der NATO, der Energiepolitik und des Sozialkapitals.
17.07.2009	Staatspräsident Lech Kaczyński legt gegen das vom Parlament verabschiedete Mediengesetz sein Veto ein. Begründet wird dieser Schritt u. a. mit der Gefahr, dass die öffentlichen Medien ihren Auftrag verlieren würden und ihnen eine ähnliche Rolle wie den Privatsendern zukäme, sowie dem in der Gesetzesnovelle vorgesehenen Finanzierungsmodell.
17.07.2009	Der Philosoph, Schriftsteller und Publizist Leszek Kołakowski stirbt im Alter von 82 Jahren in Oxford. Kołakowski emigrierte 1968 aus Polen und unterstützte die Opposition in der Volksrepublik Polen. 1977 war er mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet worden.
20.07.2009	Die ehemalige EU-Kommissarin Danuta Hübner wird vom Europäischen Parlament zur Vorsitzenden der Kommission für Regionalpolitik gewählt.
22.07.2009	Der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Grzegorz Schetyna, Außenminister Radosław Sikorski und Sportminister Mirosław Drzewiecki geben in Lemberg (Ukraine) die ersten Dokumente aus, die zum Grenzübergang im Rahmen des Kleinen Grenzverkehrs zwischen Polen und der Ukraine berechtigen.
23.07.2009	Im ehemaligen deutschen Konzentrationslager Majdanek bei Lublin findet die Gedenkfeier zum 65. Jahrestag der Auflösung des Konzentrationslagers statt, in dem ca. 80.000 Menschen ermordet wurden.
26.07.2009	Der Präsident des europäischen Fußballverbandes UEFA, Michel Platini, informiert sich in Polen über den Stand der Vorbereitungen für die Fußball-Europameisterschaft 2012, die in Polen und der Ukraine ausgetragen wird. Über den Stand der Vorbereitungen in Polen äußert er sich zufrieden.
27.07.2009	Der ehemalige Innenminister und Leiter des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego), Władysław Stasiak, löst Piotr Kownacki als Chef der Präsidialkanzlei von Staatspräsident Lech Kaczyński ab. Kownacki hatte vorher in einem Interview für die Tageszeitung »Dziennik« Kaczyńskis Arbeitsstil als chaotisch kritisiert.
29.07.2009	Staatspräsident Lech Kaczyński spricht sich dafür aus, den 1. August als Nationalfeiertag einzuführen. Am 1. August 1944 hatte der Warschauer Aufstand begonnen, der bis zum 3. Oktober 1944 dauerte und gegen die deutsche Besatzung gerichtet war.
30.07.2009	Der stellvertretende Finanzminister Ludwik Kotecki teilt mit, dass Polen nicht wie bisher geplant im Jahr 2012 der Eurozone beitreten werde, und kündigt einen neuen Zeitplan der Regierung an.
01.08.2009	Der ehemalige Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki spricht sich in einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung auf dem Jugendfestival »Przystanek Woodstock« in Küstrin gegen den Vorschlag von Staatspräsident Lech Kaczyński aus, den 1. August, den Tag des Ausbruchs des Warschauer Aufstands 1944, als Nationalfeiertag einzuführen, jedoch sei ein Gedenktag angemessen. Polen habe zu viele Feiertage, die an ein polnisches Märtyrertum erinnern, und zu wenige freudig stimmende Feiertage.
01.08.2009	In Warschau finden die Feierlichkeiten zum 65. Jahrestag des Ausbruchs des Warschauer Aufstands gegen die deutsche Besatzung statt.
03.08.2009	Der ehemalige Außenminister Adam Daniel Rotfeld wird in den »Rat der Weisen« der Nato berufen, der ein Reformkonzept für die Nato erarbeiten soll.

04.08.2009	Verteidigungsminister Bogdan Klich reicht bei Staatspräsident Lech Kaczyński einen Antrag auf Verlängerung des polnischen Engagements im Rahmen der UN-Mission im Libanon bis Ende des Jahres ein. Anschließend soll sich Polen aus dem Einsatz zurückziehen, da die Regierung beschlossen hatte, militärischen Einsätzen im Rahmen der Europäischen Union und der Nato Vorrang zu geben.
05.08.2009	Die polnische Botschaft bei der Nato informiert, dass der Angehörige des Internationalen Sekretariats der Nato in Brüssel, Marcin Kozieł, Leiter des Nato-Büros in Kiew wird und die Intensivierung des Kontakts zwischen der Nato und der Ukraine in Hinblick auf die ukrainischen Nato-Mitgliedschaftsbemühungen betreiben wird.
07.08.2009	Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak teilt mit, dass das Wirtschaftsministerium entgegen anders lautenden Gerüchten nicht der Privatisierung des Stromkonzerns Tauron zustimmen werde.
08.08.2009	Die Botschaft der Russländischen Föderation in Warschau teilt mit, dass der russische Ministerpräsident Wladimir Putin an der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs am 1. September in Danzig teilnehmen werde. Darüber hinaus sei ein Arbeitsgespräch mit Ministerpräsident Donald Tusk vorgesehen.
11.08.2009	Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak kündigt an, dass 2016 mit dem Bau eines Atomkraftwerks in Polen begonnen werde. Bis 2013 soll die Suche nach einem Standort abgeschlossen worden sein.
12.08.2009	Der Beauftragte des Ministerpräsidenten und Gründungsdirektor des in Planung befindlichen Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig, Paweł Machcewicz, teilt mit, dass Ministerpräsident Donald Tusk während der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Ausbruch des Zweiten Weltkriegs am 1. September in Danzig die Gründungs-urkunde für das Museum unterzeichnen werde. Das Museum werde außerdem eine Ausstellung zum Jahrestag auf der Westerplatte präsentieren.
13.08.2009	Ministerpräsident Donald Tusk bestätigt, dass die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) eine Novelle des Gewerkschaftsgesetzes vorbereitet. Die Zahl der Gewerkschaften in den Betrieben soll dadurch beschränkt werden, was einen effektiveren Dialog bei Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ermöglichen soll.
14.08.2009	In Stare Czarnowo bei Stettin werden in Gegenwart des deutschen Botschafters Michael H. Gerds die sterblichen Überreste der über 2.000 zivilen Kriegesopfer beigesetzt, die im vergangenen Jahr in Marienburg bei Grabungsarbeiten gefunden worden waren. Der Staatsanwalt des Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) in Danzig, Maciej Schulz, bestätigt, dass es sich dabei um Angehörige der deutschen Bevölkerung gehandelt habe, die unter verschiedenen Umständen während der sowjetischen Einnahme Marienburgs Anfang 1945 ums Leben kamen. Das IPN hatte den Ort gemeinsam mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge untersucht.
15.08.2009	Aus Anlass des Tags der Polnischen Armee besucht Ministerpräsident Donald Tusk das polnische Kontingent in der afghanischen Provinz Ghazni. Tusk betont, der Einsatz der polnischen Soldaten in Afghanistan diene auch Polens Sicherheit. Bei seinem Besuch informiert sich Tusk darüber hinaus über den Tod eines Hauptmanns der polnischen Armee, der Anfang der Woche bei einem Angriff der Taliban ums Leben kam. Sein Tod löste in der polnischen Politik Diskussionen darüber aus, ob die Streitkräfte beim Einsatz in Afghanistan angemessen ausgestattet sei.
18.08.2009	Die Regierung beschließt, ca. 1 Mrd. Zloty für die Ausstattung der polnischen Armee für den Einsatz in Afghanistan zur Verfügung zu stellen.
20.08.2009	General Skrzypczak, Befehlshaber der Landstreitkräfte der polnischen Armee, reicht seinen Rücktritt ein. Hintergrund sind Äußerungen Skrzypczaks während der Trauerfeier für einen gefallenen Hauptmann des polnischen Kontingents in Afghanistan, in denen er kritisierte, dass die Regierung und die Beamten im Verteidigungsministerium eine angemessene Ausstattung des Militäreinsatzes in Afghanistan blockierten. Verteidigungsminister Bogdan Klich warf Skrzypczak daraufhin vor, den Grundsatz der zivilen Kontrolle über die Streitkräfte verletzen zu wollen.
20.08.2009	Der stellvertretende Direktor des in Danzig geplanten Museums des Zweiten Weltkriegs, Piotr M. Majewski, gibt bekannt, dass der Wettbewerb für die Gestaltung der ständigen Ausstellung aufgrund formaler Fehler bei den eingereichten Bewerbungen erneut ausgeschrieben wird. Das Konzept des Museums sieht vor, zunächst die Ausstellung zu entwerfen, um dann den Bau eines entsprechenden Gebäudes in Auftrag zu geben. Kulturminister Bogdan Zdrojewski zeigt sich zuversichtlich, dass die erneute Ausschreibung keine Verzögerung für die geplante Eröffnung des Museums am 1. September 2014 nach sich ziehen werde.
23.08.2009	Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak stellt den Zeitplan für den Bau und die Inbetriebnahme dreier Atomkraftwerke vor. Demnach soll Ende 2013 der Vertrag zum Bau des ersten Atomkraftwerks abgeschlossen werden, dessen Bau drei Jahre später beginnen soll. 2020 soll das Atomkraftwerk ans Netz gehen. Bis 2030 ist die Inbetriebnahme zweier weiterer Reaktoren vorgesehen.

24.08.2009	Die Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik, Jolanta Fedak, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die Regierung finanzielle Hilfe in Höhe von 1,5 Mrd. Zloty für Betriebe zur Verfügung stellt, die aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geraten sind.
25.08.2009	Die deutsche und die polnische Bischofskonferenz geben eine »Erklärung aus Anlass des 70. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939« heraus. Darin heißt es u. a., dass die deutschen und polnischen Bischöfe das Verbrechen des Krieges und die Vertreibungen als Unrecht verurteilen. Dabei werde der innere Zusammenhang und die Abfolge der Geschehnisse nicht verkannt. Es komme darauf an, dass die Nachkriegsgeneration ein angemessenes Verständnis des Weltkriegs gewinne und bewahre.
27.08.2009	Verteidigungsminister Bogdan Klich teilt mit, dass seinem Ressort keine offizielle Erklärung der amerikanischen Regierung über einen Verzicht auf die Installation des amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen vorliege. Hintergrund ist die Berichterstattung der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza«, in der der Vorsitzende einer amerikanischen Lobbyistengruppe zur Unterstützung des Raketenabwehrschildes zitiert wird, dass das amerikanische Verteidigungsministerium die Frage der Raketenabwehr anders als mit dem von der Vorgängerregierung initiierten Plan des Schutzschildes lösen wolle.
27.08.2009	In Lodz enthüllt Staatspräsident Lech Kaczyński während der Gedenkveranstaltung zum 65. Jahrestag der Auflösung des von den Nationalsozialisten eingerichteten jüdischen Ghettos in Lodz (damals Litzmannstadt) das erste Denkmal in Polen, das den Polen gewidmet ist, die während der deutschen Besatzung Juden gerettet haben.
28.08.2009	Nach den aktuellen Daten des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) wuchs die polnische Wirtschaft im zweiten Quartal 2009 um 1,1 %. Im Frühjahr hatte die Europäische Kommission für Polen einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 1,4 % prognostiziert.
30.08.2009	Während der deutsch-polnischen Gedenkmesse anlässlich des 70. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 in der Berliner St. Hedwigs-Kathedrale, an der Bundespräsident Horst Köhler und der polnische Botschafter Marek Prawda teilnehmen, unterstreicht Bischof Wiktor Skworc, dass beide Kirchen nicht den Fehler begehen wollen, die Geschichte neu zu bewerten. Niemand habe das moralische Recht, die Leiden der Kriegsoffer, zu denen auch die Opfer von Zwangsumsiedlungen, Deportierte und Flüchtlinge gehören, für politische Zwecke auszunutzen.
31.08.2009	Nach Ansicht des Sejmarschalls Bronisław Komorowski kann der Brief des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin an die Polen aus Anlass des 70. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs (in der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« veröffentlicht) die Chance bieten, die gemeinsame polnisch-russische Geschichte zu gestalten. In dem Brief hatte Putin den Hitler-Stalin-Pakt verurteilt und Verständnis für die Sensibilität der Polen im Zusammenhang mit dem Massaker von Katyń (Ermordung von fast 20.000 polnischen Offizieren im März 1940 durch den russischen NKWD) geäußert.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2009 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen